

Inhaltsverzeichnis



	Seite	Rdnr.
1. Teil: Vom Konkubinat zum Ehesubstitut – zur Entwicklung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	1	
§ 1 Nichteheliches Zusammenleben – Zeiterscheinung oder Auflösung der bürgerlichen Ehe?	1	
I. Faktische Ehe am Anfang	1	1
II. Die bürgerliche Ehe zwischen Liebe und Recht	2	3
III. Nicht eingetragene Lebensgemeinschaft kontra registrierte Lebenspartnerschaft	4	11
§ 2 Motive und Ausgestaltung des nichtehelichen Zusammenlebens als Grundlage einer Typenbildung	4	
I. Fallgruppenbildung nach sozialen Typen als Denkform	4	12
II. Motivationslage	5	14
III. Versuch einer Typenbildung	6	18
1. Partnerschaften mit Tendenz zur Ehe bzw. eingetragenen Lebenspartnerschaft	7	21
a) Die voreheliche bzw. vorlebenspartnerschaftliche Lebensgemeinschaft	7	21
b) Die vorübergehende Gemeinschaft ohne „Trauschein“	8	23
2. Partnerschaften, in denen keine Eheschließung bzw. Lebenspartnerschaftsbegründung angestrebt wird oder möglich ist	8	24
a) Die nacheheliche bzw. nachpartnerschaftliche Lebensgemeinschaft	8	24
b) Das Zusammenleben als Alternative zur Ehe bzw. Lebenspartnerschaft	9	26
c) Lebensgemeinschaften von mehr als zwei Personen	9	28
3. Grenzen der Typenbildung	10	29
§ 3 Versuch einer Begriffsbestimmung und Abgrenzung	10	
I. Terminologie	10	30
II. Definition der nichtehelichen Lebensgemeinschaft?	11	33
1. Definitionsversuche des Schrifttums	11	33
2. Die Begriffsbestimmung der Rechtsprechung	11	34
III. Kennzeichen einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	14	41
2. Teil: Rechtliche Einordnung und Partnerschaftsverträge	17	
§ 4 Verfassungsrechtlicher Schutz für nichteheliches bzw. nicht eingetragenes Zusammenleben	17	
I. Die Regelung des Grundgesetzes	17	1
1. Der besondere Schutz von Ehe und Familie	17	1
a) Ehe, eheähnliche Gemeinschaft und nichteheliche Lebensgemeinschaft	17	1
b) Eingetragene Lebenspartnerschaft und nicht eingetragenes Zusammenleben	17	2
c) Von der Kleinfamilie zur faktischen Familie?	18	3
2. Schutz durch die allgemeine Handlungsfreiheit	19	5
a) Nichteheliches bzw. nicht eingetragenes Zusammenleben als Entfaltung der Persönlichkeit	19	5
b) Verfassungsrechtlicher „Bekämpfungsauftrag“?	19	6
II. Regelungen in den Länderverfassungen	19	7

	Seite	Rdnr.
§ 5 Die rechtliche Behandlung der nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Lebensgemeinschaft in Literatur und Rechtsprechung	21	
I. Lösungsmodelle der Literatur	21	11
1. Nichteheliches bzw. nicht eingetragenes Zusammenleben im rechtsfreien Raum?	21	11
2. Die Annahme eines stillschweigenden Zusammenlebens-Vertrages	21	12
3. Die analoge Anwendung des Ehe-, Lebenspartnerschafts- und Verlöbnisrechts	22	14
a) Substantielle Analogie zum Ehe- und Lebenspartnerschaftsrecht?	22	14
b) Entsprechende Heranziehung der Vorschriften über das Verlöbnis?	22	16
4. Gesellschaftsrechtliche Lösungsmodelle	23	18
a) Die Lebensgemeinschaft als Gesellschaftszweck?	24	19
b) Das „gemeinsame Wirtschaften“ als Gesellschaftszweck	25	20
c) Die Verfolgung von über das Zusammenleben hinausgehender Einzelzwecke	25	22
5. Anwendbarkeit des Schuld-, Gemeinschafts- und Schadensersatzrechts	26	24
6. Schenkungswiderruf, bereicherungsrechtliche Vermögensauseinandersetzung und Wegfall der Geschäftsgrundlage	27	28
a) Schenkung und unbenannte Zuwendung	28	29
b) Ungestörte und dauernde Mitnutzung als rechtlich bezweckter Erfolg?	29	34
c) Die Trennung als Wegfall der Geschäftsgrundlage	31	40
II. Grundsätze der Rechtsprechung	33	43
3. Teil: Das Recht der Verlobung – rechtlicher Rahmen für nichteheliche und nicht eingetragene Lebensgemeinschaften?	37	
§ 6 Schnittstellen zwischen Verlöbnis und nichtehelicher bzw. nicht eingetragener Lebensgemeinschaft	37	
§ 7 Modellcharakter des Verlöbnisrechts?	38	
I. Rechtswirkungen des Verlöbnisses	38	4
1. Rechtsfolgen bei Bestehen des Verlöbnisses	38	4
a) Ausschluss des Zwangs zur Eheschließung bzw. Lebenspartnerschaftsbegründung	38	4
b) Personenrechtliches Gemeinschaftsverhältnis	38	5
2. Rechtsfolgen nach Beendigung des Verlöbnisses	39	7
a) Schadensersatzpflichten beim Rücktritt vom Verlöbnis	39	8
b) Rückgabe von Zuwendungen	42	15
<i>Musterformulierung: Geschenkrückgabe</i>	43	17
<i>Musterformulierung: Geschenkrückgabe in bestimmten Fällen</i>	44	21
II. Von dem Zusammenleben auf Probe zur Scheidung bzw. Lebenspartnerschaftsaufhebung	45	22
1. Nichteheliches bzw. nicht eingetragenes Zusammenleben und gleichzeitige Verlobung	45	23
2. Die gelungene Verlobung und die gescheiterte Ehe bzw. Lebenspartnerschaft	46	25
<i>Musterformulierung (notarielle Beurkundung erforderlich): Ausgleich vorehelicher bzw. vorlebenspartnerschaftlicher Vermögensbildung</i>	48	30
4. Teil: Partnerschaftsverträge	49	
§ 8 Pro und Kontra Partnerschaftsvertrag	49	
I. Rechtspflichtlosigkeit oder vertraglicher Schutz des schwächeren Partners?	49	1
II. Unwirksamkeit, insbesondere Sittenwidrigkeit von Partnerschaftsverträgen	51	6
1. Verstoß gegen Gesetze	51	6
2. Sittenwidrigkeit von Partnerschaftsverträgen	51	7
3. Teilnichtigkeit oder Gesamtnichtigkeit?	52	10
<i>Musterformulierung: Salvatorische Klausel</i>	53	11

Inhaltsverzeichnis

XIII

	Seite	Rdnr.
§ 9 Regelungsumfang und Gestaltungsmodelle	53	
I. Vertragsgestaltung nach Partnerschaftstypen	53	12
II. Hinweise für die Vertragsgestaltung	54	13
1. Umfassender Partnerschaftsvertrag – Regelungsmodell oder Checkliste?	54	13
2. Regelungsinhalte	54	14
<i>Musterformulierung: Ausschluss des Verlöbnisrechts</i>	55	16
3. Regelungsumfang und Form	55	17
a) Beratungsscheckliste	55	17
b) Typische Regelungsschwerpunkte	57	25
c) Form und Beratung	57	27
4. Kosten	58	29
5. Teil: Die Lebensgemeinschaft	61	
§ 10 Beginn der Partnerschaft und Rechtsfolgen im Verhältnis der Partner	61	
I. Der Beginn der Partnerschaft	61	1
1. Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Lebensgemeinschaft	61	1
2. Die vertragliche Regelung des Beginns der Partnerschaft	62	3
<i>Musterformulierung: Anfangszeitpunkt im Partnerschaftsvertrag</i>	62	5
II. Die Partnerschaftsvermittlung	63	7
III. Persönliche Beziehungen der Partner	65	11
1. Rechtliche Verpflichtungen in persönlichen Angelegenheiten	65	11
2. Die vertragliche Regelung der persönlichen Beziehungen	66	13
a) Ausschluss vertraglicher Bindungen in persönlichen Angelegenheiten?	66	13
b) Personale Pflichten – Rücksichtnahme, Durchsetzbarkeit, Vertragsstrafen und Prämienklauseln	67	16
<i>Musterformulierung: Prämienklausel (bei echter Schenkung notarielle Beurkundung des Versprechens)</i>	69	22
c) Einzelne Vereinbarungen zur Regelung der persönlichen Beziehungen	70	23
aa) Namensführung	70	23
bb) Verpflichtung zu Liebe und Treue	71	25
cc) Regelung des Sexualverhaltens einschließlich der Empfängnisverhütung	71	27
<i>Musterformulierung: Verwendung von Kondomen</i>	73	30
<i>Musterformulierung: Kinderwunsch</i>	73	32
dd) Vereinbarungen über die Rollenverteilung und Haushaltsführung	74	34
<i>Musterformulierung: Aufteilung der Hausarbeit</i>	75	35
ee) Vereinbarungen zu weiteren persönlichen Bereichen	75	36
<i>Musterformulierung: Kontaktaufnahmeverbot</i>	76	39
IV. Die Haftung der Partner untereinander	76	41
<i>Musterformulierung: Haftungsmaßstab</i>	79	47
§ 11 Die nichteheliche Lebensgemeinschaft im Straf- und Prozessrecht sowie in einzelnen Bereichen des Rechtsverkehrs	79	
I. Strafrechtsprobleme des nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Zusammenlebens	79	48
1. Strafbarkeit „freier“ Geschlechtsgemeinschaften	79	48
2. Der Lebensgefährte als Angehöriger im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 1a StGB	80	49
a) „Strafmilderungen“ beim Handeln zu Gunsten nichtehelicher bzw. nicht eingetragener Partner	80	52
b) Antragsdelikte bei Straftaten zum Nachteil des Partners	82	56
c) Antragsrecht für den Lebensgefährten des Verletzten und Nebenklage...	83	58

	Seite	Rdnr.
3. Straftatbestände und nichteheliches bzw. nicht eingetragenes Zusammenleben	84	60
a) Drohung mit einem Verbrechen gegen den Partner	84	60
b) Fremdnützige Hehlerei für den Partner	84	61
c) Urkundenfälschung und Betrug	84	62
d) Beleidigung bei sexuellen Handlungen mit dem Partner und bei Äußerungen innerhalb der Lebensgemeinschaft	86	65
4. Garantspflicht und Einschränkung von Rechten auf Grund des Zusammenlebens	87	67
a) Garantstellung von Lebensgefährten	87	67
b) Notwehrein-schränkung auf Grund des Zusammenlebens	88	70
5. Straftaten gegenüber dem Partner	89	71
a) Hausfriedensbruch beim Zusammenleben	89	71
b) Beleidigungen nach einer Trennung	89	73
II. Opferentschädigung bei Verletzung durch den Partner	90	74
III. Der Lebensgefährte als Angehöriger eines Untersuchungs- und Strafgefangenen	92	78
IV. „Freies“ Zusammenleben und Prozessrecht	93	80
1. Zuständigkeit der Familiengerichte für Streitigkeiten zwischen Lebensgefährten?	93	80
2. Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen, insbesondere Richtern, in Sachen des Lebensgefährten	94	81
3. Zeugnis-, Gutachten- und Eidesverweigerung	95	83
4. Ersatzzustellung an den Lebensgefährten	96	85
5. Prozesskostenhilfe	97	86
V. Der Lebensgefährte als nahe stehende Person im öffentlichen Recht	98	88
1. Die Vermeidung des Anscheins der Parteilichkeit in Verwaltungsverfahren	98	88
2. Ausschluss öffentlich-rechtlicher Vorkaufsrechte beim Verkauf an den Partner	99	89
3. Genehmigungspflicht im Milieuschutzgebiet	100	90
4. Die Übermittlung von Daten des Lebenspartners	100	91
VII. Reisen mit dem Lebensgefährten	101	92
§ 12 Das Ende der Partnerschaft	102	
I. Dauer und Kündigungsklauseln	102	96
1. Zeitlich begrenzte oder Lebenszeit-Partnerschaft?	102	96
2. Beendigungsgründe	103	97
3. Kündigungsklauseln und tatsächliche Beendigung	103	98
<i>Musterformulierung: Fehlende Sicherung bei Beendigung</i>	104	99
<i>Musterformulierung: Jederzeitige Beendigungsmöglichkeit und aufgeschobene Vermögensauseinandersetzung</i>	104	100
<i>Musterformulierung: Ausschluss der Teilungsversteigerung</i>	105	103
<i>Musterformulierung: Kündigungsrecht</i>	106	105
II. Schadensersatz, Vertragsstrafen und Abfindungszahlungen	106	106
1. Schadensersatz wegen Trennung vom Partner?	106	106
2. Vertragsstrafen und Abfindungszahlungen	106	107
<i>Musterformulierung: Abfindungszahlung</i>	107	110
<i>Musterformulierung: Abfindungszahlung abhängig vom Trennungsschulden</i>	108	112
III. Kontakt- und Belästigungsverbote	108	113
<i>Musterformulierung: Kontaktaufnahmeverbot in Trennungsvereinbarung</i>	110	118
6. Teil: Die gemeinsame Wohnung	111	
§ 13 Allgemeine Probleme des Zusammenlebens in einer Wohnung	111	
I. Nichteheliche bzw. nicht eingetragene Lebensgemeinschaft in getrennten Wohnungen?	111	1

Inhaltsverzeichnis

XV

	Seite	Rdnr.
II. Ehe- bzw. Lebenspartnerschaftswohnung und Zusammenleben	111	2
III. Der räumlich-gegenständliche Bereich der Wohnung der Partner	112	5
<i>Musterformulierung: Aufnahme Dritter in die Wohnung</i>	114	8
IV. „Rauswurf“ und Wohnungszuweisung	114	9
1. Schutzansprüche gegen „jederzeitigen Rauswurf“?	114	9
<i>Musterformulierung: Vorübergehende Nutzungsregelung</i>	116	12
2. Wohnungszuweisung bei Trennung und Streitigkeiten	116	13
V. Mithaftung des Partners für die Kosten des Zusammenlebens	118	16
VI. Hauptwohnung bei nichtehelichem bzw. nicht eingetragenen Zusammenle- ben	119	18
§ 14 Das Zusammenleben in einer Mietwohnung	119	
I. Abschlussfreiheit, Förderung und Wohnungsvermittlung	119	19
1. Abschlussfreiheit und Sittenwidrigkeit	119	19
2. Sozialwohnung und Wohngeld für nichteheliche bzw. nicht eingetragene Partner	120	21
a) Wohnberechtigungsschein	120	21
b) Wohngeld beim Bestehen einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft	121	22
3. Verpflichtung zur Entrichtung einer Maklerprovision	122	24
a) Miete durch den Partner	122	24
b) Maklertätigkeit hinsichtlich der Wohnung des Partners	123	25
II. Aufnahme des Lebensgefährten in eine Mietwohnung	123	26
1. Berechtigtes Interesse an der Aufnahme des Partners	123	26
a) Aufnahmeanspruch und Auskunftspflichten	123	26
aa) Aufnahme des Lebensgefährten als „Drittüberlassung“	123	26
bb) Umfang und Grenzen der Auskunftspflicht hinsichtlich des Le- bensgefährten	125	30
b) „Zölibatsklauseln“ in Mietverträgen und Vereinbarungen über die Auf- nahme eines Partners	126	31
<i>Musterformulierung: Ergänzung zum Mietvertrag</i>	127	33
2. Vermieterkündigung wegen nicht genehmigter Aufnahme eines Lebens- gefährten	127	34
3. Rechtsfolgen der Aufnahme des Partners in die Mietwohnung	128	35
a) Miet- oder Untermietverhältnis mit dem aufgenommenen Partner?	128	35
b) Mietzins- und Nebenkostenerhöhung	129	37
<i>Musterformulierung: Aufnahme in Mietwohnung mit Nebenkosten- erhöhung</i>	129	38
III. Kündigung, Weiternutzung und Räumung	129	39
1. Die Kündigung des Mietvertrages	129	39
a) Die Kündigung durch den Vermieter	129	39
b) Anspruch auf gemeinsame Kündigung bei einer Trennung?	131	42
<i>Musterformulierung: Mitwirkung bei Kündigung</i>	133	47
2. Räumung auf Verlangen des Vermieters	133	48
3. Trennung und Weiternutzung der Wohnung	134	51
<i>Musterformulierung: Wohnungsnutzung bei Trennung</i>	135	54
IV. Übergang des Mietverhältnisses beim Tod eines Partners	135	55
V. Gemeinsamer Mietvertrag, Einzelmiete und Kostenverteilung	137	58
1. Vor- und Nachteile eines gemeinsamen Mietvertrages	137	58
a) Sicherungsbedürfnis und Haftungsrisiken	137	58
b) Vermeidung des Haftungsrisikos durch Kündigungsvollmacht und Doppelvermietung?	138	61
c) Verlust von Wohngeld	138	62
d) Gestaltungsempfehlungen	139	63

	Seite	Rdnr.
2. Einbeziehung in die Schutzwirkungen des Mietvertrages	139	64
3. Vereinbarungen über die Kostenverteilung und steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten	140	65
a) Vereinbarungen im Innenverhältnis, insbesondere hinsichtlich der Kostenverteilung	140	65
<i>Musterformulierung: Keine Regelung bezüglich Miete und Nebenkosten</i>	140	67
<i>Musterformulierung: Miete und Nebenkosten</i>	141	68
b) Steuerliche Auswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten	141	69
VI. Vorkaufsrecht beim Verkauf an den Lebensgefährten?	143	71
§ 15 Das Zusammenleben im Eigenheim und bei Bestehen eines Wohnungsrechtes	143	
I. Eigenbedarfskündigung wegen „freiem“ Zusammenleben	143	73
1. Nutzung mit dem Partner	143	73
2. Nutzung durch Familienangehörige und Lebensgefährten	144	74
II. Die Anschaffung einer Immobilie durch einen oder beide Partner	146	77
1. Maklerlohn bei Grundstückskauf durch Lebensgefährten	146	77
2. Zivilrechtliche Überlegungen	147	79
3. Steuerrechtliche Gesichtspunkte	147	81
a) Einkommensteuer und Eigenheimzulage	147	81
aa) Probleme und Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen des Eigenheimzulagengesetzes	147	81
bb) Steuerliche Probleme einer betrieblichen Nutzung bei mehreren Miteigentümern	150	86
cc) Vermietung der gemeinsam genutzten Wohnung an den Partner	150	87
b) Grunderwerbsteuerpflicht beim Erwerb einer Immobilie vom Partner	151	89
c) Schenkungsteuerpflicht für unentgeltliches Zusammenwohnen?	151	90
III. Kostenverteilung, Trennung und weitere Rechtsfragen des gemeinsamen Wohnens	152	91
1. Kostenaufteilung und Miteigentümervereinbarung beim Eigenheim	152	91
a) Beteiligung an den Kosten der im Alleineigentum stehenden Wohnung	152	91
<i>Musterformulierung: Ausgleich für Wohnungseinbauten</i>	153	93
b) Kostentragung und Miteigentümervereinbarung bei der gemeinsam angeschafften Wohnung sowie Vor-, Ankaufs- und Übernahmerechte	153	94
<i>Musterformulierung: Miteigentümervereinbarung und Vorkaufsrecht</i>	154	98
2. Sicherungen für den Fall des Todes eines Partners	155	99
a) Versterben des Alleineigentümers	155	99
b) Versterben eines Miteigentümers	156	100
<i>Musterformulierung: Weiternutzung beim Tod</i>	156	101
3. Weitere Probleme des gemeinsamen Wohnens	156	102
IV. Zusammenleben bei Bestehen eines dinglichen Wohnungsrechtes	158	106
1. Die Aufnahme des Lebensgefährten durch den Wohnungsberechtigten	158	106
<i>Musterformulierung: Erweiterung des Wohnungsrechts</i>	159	109
<i>Musterformulierung: Aufnahme eines ebeähnlichen Partners</i>	160	110
<i>Musterformulierung: Wohnungsrecht ohne Aufnahmebefugnis</i>	160	111
2. Lastenverteilung und Tragung der Wohnungsnebenkosten	160	112
3. Sicherung des Partners beim Tod des Wohnungsberechtigten	161	114
<i>Musterformulierung: Dingliches Wohnungsrecht</i>	162	116
7. Teil: Haushalt, Berufstätigkeit, Vollmachten, Versicherungsrecht und Steuern	163	
§ 16 Rollenverteilung und hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse	163	
I. Vereinbarungen über die Rollenverteilung	163	1
II. Erstattungsansprüche bei Haushaltsführung und Mitarbeit im Haushalt?	164	3
1. Die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses und der Pflegepauschbetrag	164	3
a) Steuerliche Berücksichtigung bei haushaltsnaher Beschäftigung	164	3

	Seite	Rdnr.
b) Außergewöhnliche Belastung durch die Pflege des Partners (Pflegepauschbetrag)	164	4
c) Abzugsfähigkeit des Lebensgefährten als „Haushaltshilfe“	165	5
2. Leistungserbringung auf Grund ökonomischer Solidarität	165	6
a) Keine Erstattung von Leistungen im Rahmen der gemeinsamen Haushaltsführung	165	6
b) Korrektur der Benachteiligung des haushaltsführenden Partners?	166	7
<i>Musterformulierung: Kein Ausgleich für Haushaltsführung</i>	167	9
<i>Musterformulierung: Insgesamt kein Ausgleich</i>	167	10
<i>Musterformulierung: Ausgleich für Haushaltsführung</i>	168	11
<i>Musterformulierung: Entgeltlichkeit der Haushaltsführung</i>	168	12
III. Regelungen hinsichtlich einer gemeinsamen Haushaltskasse	168	13
<i>Musterformulierung: Haushaltsführungskonto</i>	170	18
<i>Musterformulierung: Gemeinsame Haushaltskasse</i>	170	19
IV. Schadenersatzpflichten bei einer Verletzung oder Tötung eines Partners	170	20
1. Personenschaden des Partners und seine Folgen	170	20
2. Krankenbesuchskosten und Verdienstaussfall des Partners	171	22
3. Haushaltsführungsschaden bei Verletzung des Partners	172	23
4. Ersatzansprüche des nicht verletzten Partners	173	25
a) Ersatzansprüche wegen entgangener Dienste	173	25
b) Recht auf Unterhalt	174	26
c) Ersatz der Beerdigungskosten	174	27
5. Ersatzansprüche bei einem Schockschaden auf Grund einer Verletzung des Partners	175	28
6. Eingehen einer Lebensgemeinschaft durch einen verwitweten Ehegatten oder Lebenspartner	176	30
§ 17 Erwerbstätigkeit von Partnern einer nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Lebensgemeinschaft	176	
I. Mitarbeit im Geschäft des Partners	176	31
1. Mitunternehmerschaft zwischen Lebensgefährten	176	31
2. Arbeits- oder gesellschaftsrechtliche Beteiligung?	177	33
a) Ansprüche bei fehlender Regelung	177	33
aa) Mitbeteiligung am Unternehmen	177	33
bb) Beschränkung auf eine fiktive Vergütung	179	37
b) Vereinbarungsmöglichkeiten	179	38
<i>Musterformulierung: Beteiligung am Unternehmen</i>	181	40
II. Arbeits- und beamtenrechtliche Probleme beim nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Zusammenleben	181	41
1. Nichteheliches bzw. nicht eingetragenes Zusammenleben als Kündigungsgrund oder Dienstvergehen	181	41
2. Enge persönliche Verhältnisse im Dienst	182	43
3. Berücksichtigung nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Zusammenlebens bei der Besoldung, den Umzugskosten und dem Trennungsgeld	183	44
a) Familienzuschlag	183	44
b) Kostenerstattung bei Umzug, Abordnung und anderen Maßnahmen	184	46
aa) Umzugskostenvergütung	184	46
bb) Trennungsgeld	185	47
4. Tarifliche Vergünstigungen, Umzug zum Partner und Arbeitslosenhilfe	185	48
a) Tarifliche Anknüpfung an die Ehe und Lebenspartnerschaft	185	48
b) Sperrzeit beim Arbeitslosengeld	185	49
c) Arbeitslosengeld II	187	52
III. Der Lebensgefährte im Gewerberecht	187	53
1. Der Lebensgefährte als „Strohmann“	187	53
2. Verdeckte Gewinnausschüttung an den Partner	188	54
3. Betriebsfortführung beim Tod des Partners	189	56

	Seite	Rdnr.
§ 18 Vertretungsmacht und Stellung des Lebensgefährten im Versicherungsrecht	190	
I. „Schlüsselgewalt“ für den Partner?	190	57
1. Gemeinsame Haftung für die Kosten der Lebensführung?	190	57
2. Analoge Anwendung des § 1357 BGB, § 8 Abs. 2 LPartG	190	58
II. Die Erteilung von Vollmachten	192	61
1. Zur Erforderlichkeit von Vollmachten und Probleme der Vollmachtenerteilung	192	61
a) Empfehlungen zur Vollmachtenerteilung und -gestaltung	192	61
b) Probleme bei der Erteilung und dem Widerruf der Vollmacht	192	62
2. Die Erteilung einer Generalvollmacht	193	64
<i>Musterformulierung: (notarielle Beurkundung oder Unterschriftsbeglaubigung empfehlenswert): Generalvollmacht</i>	194	66
<i>Musterformulierung: Ausschluss der Rechenschaftspflicht</i>	195	67
<i>Musterformulierung: Einschränkung der Rechenschaftspflicht</i>	195	68
3. Vollmachten für einzelne Geschäfte	195	69
a) Haushaltsführungsvollmacht	195	69
b) Kontovollmacht	196	70
<i>Musterformulierung: Bankvollmacht</i>	196	71
<i>Musterformulierung: Postmortale Kontovollmacht</i>	196	72
4. Postzustellungsvollmacht	196	73
<i>Musterformulierung: Postzustellungsvollmacht</i>	197	74
5. Krankheits- und Altersvorsorgevollmacht, Totenfürsorge	197	75
a) Einwilligungen in ärztliche Eingriffe	197	75
aa) Krankheitsvollmacht	197	75
bb) Patientenverfügung	198	77
b) Betreuerbestellung, Betreuungsverfügung und Vorsorgevollmacht	199	78
aa) Vorschlag hinsichtlich der Person des Betreuers	199	78
bb) Beschwerderecht bei Betreuerbestellung	201	82
cc) Entbehrlichkeit der Bestellung eines Betreuers	201	83
c) Regelung der Totenfürsorge, postmortales Persönlichkeitsrecht und Einwilligung in Organentnahme	202	84
<i>Musterformulierung: Betreuungsverfügung</i>	203	87
<i>Musterformulierung: Negative Betreuungsverfügung</i>	204	88
<i>Musterformulierung: Vorsorgevollmacht</i>	204	89
<i>Musterformulierung: Totenfürsorge</i>	205	90
<i>Musterformulierung: Organspende</i>	205	91
<i>Musterformulierung: Postmortales Persönlichkeitsrecht (Ergänzung)</i>	205	92
III. Der Lebensgefährte im Versicherungsrecht	206	93
1. Allgemeine versicherungsrechtliche Probleme	206	93
a) Der Lebensgefährte als Repräsentant	206	93
b) Analoge Anwendung des Familienprivilegs?	206	94
2. Der Lebensgefährte in einzelnen Versicherungszweigen	208	96
a) Hausratversicherung	208	97
b) Privathaftpflichtversicherung	209	98
c) Kraftfahrzeugversicherung	209	100
d) Rechtsschutzversicherung	210	101
e) Private Unfall-, Berufsunfähigkeits-, Kranken- und Pflegeversicherung	210	102
§ 19 Splitting, doppelte Haushaltsführung und weitere Steuerfolgen der nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Partnerschaft	211	
I. Nichteheliches bzw. nicht eingetragenes Zusammenleben als „Steuersparmodell“?	211	103
1. Anwendung des Splitting-Tarifs und Zusammenrechnung der Freibeträge?	211	103
2. Fremdvergleich und Interessengegensatz	213	105
a) Einschränkungen für Vereinbarungen unter Angehörigen	213	105
b) Nichtanwendbarkeit des Fremdvergleichs bei nichtehelichen und nicht eingetragenen Paaren	213	106

Inhaltsverzeichnis

XIX

	Seite	Rdnr.
3. Steuersparmodell „freies Zusammenleben“ – Gestaltungsspielräume für Vereinbarungen unter Lebensgefährten	214	107
II. Doppelte Haushaltsführung beim Zusammenleben	215	109
III. Haftung für Steuerschulden des Partners?	216	111
8. Teil: Vermögenszuordnung – Eigentum, Verbindlichkeiten, Zuwendungen und Auseinandersetzung –	219	
§ 20 Eigentumsverhältnisse	219	
I. Eingebachte Gegenstände und Surrogate	219	1
II. Hinzuerwerb während des Bestehens der Lebensgemeinschaft	220	3
1. Gemeinsames Vermögen der Lebensgefährten	220	3
a) Automatischer Erwerb zu Gesamthandseigentum?	220	3
b) Erwerb zu Miteigentum?	221	4
2. Eigentumsvermutungen, insbesondere bei Haushaltsgegenständen	221	5
a) Gegenstände des persönlichen Gebrauchs	221	5
b) Haushaltsgegenstände und weitere gemeinsam genutzte Gegenstände	222	6
c) Auseinandersetzung bei einer Trennung	222	8
3. Vereinbarungen im Partnerschaftsvertrag und Vermögensverzeichnis	223	9
<i>Musterformulierung: Ersatz von Hausratsgegenständen</i>	224	12
<i>Musterformulierung: Vermögensverzeichnis</i>	224	13
<i>Musterformulierung: Hausratsverteilung</i>	224	14
<i>Musterformulierung: Übernahmerecht</i>	225	15
§ 21 Verbindlichkeiten, Zwangsvollstreckung und Insolvenz	225	
I. Darlehen, Bürgschaften und Stellung von Sicherheiten	225	16
1. Haftung für Verbindlichkeiten	225	16
2. Übernahme einer Mithaftung für den Partner	226	18
a) Formen der Mithaftung für Verbindlichkeiten des Partners	226	18
b) Sittenwidrigkeit der Mithaftung des Partners und Aufklärungspflichten des Kreditinstituts	227	22
3. Abwicklungsprobleme bei einer Trennung (Ausgleich unter den Partnern)	229	24
a) Die Bedeutung der rechtlichen Gestaltung für den späteren Ausgleich ...	229	24
aa) Gesetzliche Ausgleichsregelung	229	24
bb) Ausgleichsgrundsätze für das Innenverhältnis der Partner	230	26
<i>Musterformulierung: Darlehensgewährung</i>	232	28
<i>Musterformulierung: Kein Ausgleich bei Schuldentilgung</i>	233	29
<i>Musterformulierung: Rückerstattung nur in bestimmten Fällen</i>	233	30
<i>Musterformulierung: Freistellungsverpflichtung</i>	233	31
II. Zwangsvollstreckung gegen den Partner und Teilungsversteigerung	234	32
1. Analoge Anwendung der Eigentums- und Gewahrsamsvermutung	234	32
2. Einstweilige Einstellung der Teilungsversteigerung?	235	34
III. Insolvenz und Rechtsgeschäfte mit dem Lebensgefährten	236	35
§ 22 Lebzeitige Vermögenszuwendungen	237	40
I. Sittenwidrigkeit von Zuwendungen	237	40
II. Schenkung oder lebensgemeinschaftsbedingte Zuwendung?	238	42
III. Schenkungsteuerpflicht bei Zuwendungen?	240	45
<i>Musterformulierung: Klarstellender Ausschluss der Unentgeltlichkeit</i>	242	49
§ 23 Die Auseinandersetzung bei einer Trennung, Trennungvereinbarungen und Steuerpflicht	242	
I. Zusammenfassung der Abwicklungsgrundsätze der Rechtsprechung	242	50
1. Schenkungswiderruf und Ausgleichsansprüche	242	50
a) Schenkungswiderruf wegen groben Undanks	242	50
b) Der Ausgleich bei gemeinschaftsbezogenen Zuwendungen	243	52
aa) Dingliche Zuordnung als Indiz – die frühere Rechtsprechung	245	54

	Seite	Rdnr.
bb) Gemeinsame Wertschöpfung – die neue Rechtsprechungslinie	245	55
cc) Sonderprobleme bei Zuwendungen der Eltern eines Partners	246	56
2. Besonderheiten bei einer späteren Eheschließung oder Lebenspartnerschaftsbegründung	247	57
II. Vereinbarungen im Partnerschaftsvertrag	248	60
1. Vereinbarungsmöglichkeiten	248	60
a) Vorsorgende Vereinbarungen	248	60
aa) BGB-Gesellschaft	249	61
bb) Einzelregelung	249	62
cc) Nichteheleiche bzw. nicht eingetragene Partnerschaft, Eheschließung und Scheidung bzw. Lebenspartnerschaftsbegründung und Aufhebung	250	64
b) Trennungsvereinbarungen	251	66
2. Schenkungsteuerpflicht bei einem Vermögensausgleich	251	67
a) Schenkungsteuerfreiheit von Ausgleichsansprüchen	251	67
b) Schenkungsteuerpflicht bei vorsorgenden Trennungsvereinbarungen	252	70
<i>Musterformulierung: Aufrechterhaltung von Ansprüchen trotz Eheschließung bzw. Lebenspartnerschaftsbegründung</i>	<i>253</i>	<i>71</i>
<i>Musterformulierung: Hinweis auf eine „Verzerrung“ des Zugewinnausgleichs</i>	<i>253</i>	<i>72</i>
<i>Musterformulierung: Rückzahlung von Zuwendungen</i>	<i>253</i>	<i>73</i>
<i>Musterformulierung: Wertmäßige Beteiligung</i>	<i>253</i>	<i>74</i>
<i>Musterformulierung: Keine weitergehenden Ansprüche</i>	<i>254</i>	<i>75</i>
<i>Musterformulierung: Trennungsvereinbarung</i>	<i>254</i>	<i>76</i>
9. Teil: Unterhalt, Altersvorsorge und Sozialrecht	259	
§ 24 Zusammenleben und Unterhalt	259	
I. Unterhaltsansprüche gegen den Partner	259	1
1. Gesetzliche Unterhaltspflichten	259	1
a) Kein gesetzliches Unterhaltsrecht des Lebensgefährten	259	1
b) Unterhalts- und sonstige Ansprüche eines unverheirateten Elternteils	259	2
c) Unterhaltsvorschussgesetz und nichteheleliches Zusammenleben	262	7
2. Unterhaltsvereinbarungen und freiwillige Unterhaltsgewährung	263	9
a) Ausdrückliche Unterhaltsabreden	263	9
aa) Vereinbarungen für die Dauer des Zusammenlebens	263	10
bb) Regelungen für die Zeit nach einer Trennung	263	11
cc) Regelungsumfang und -probleme	263	12
b) Unterhaltsansprüche bereits aufgrund des Zusammenlebens	265	17
c) Ausschluss der Rückforderung und sittliche Pflicht zur Unterhaltsgewährung	266	18
<i>Musterformulierung: Verlängerter Kinderbetreuungsunterhalt</i>	<i>267</i>	<i>20</i>
<i>Musterformulierung: Kinderbetreuungsunterhalt entsprechend § 1570</i>	<i>267</i>	<i>21</i>
<i>Musterformulierung: Verzicht auf Erstattung von Unterhalt</i>	<i>268</i>	<i>22</i>
<i>Musterformulierung: Ausschluss eines konkludenten Unterhaltsvertrages</i>	<i>268</i>	<i>23</i>
3. Steuerliche Auswirkungen von Unterhaltszahlungen	268	24
a) Schenkungsteuerpflicht von Unterhalts- und Ausbildungszuwendungen ..	268	24
b) Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen bei der Einkommensteuer	269	26
II. Anspruch auf nachehelichen bzw. nachpartnerschaftlichen und Getrenntlebensunterhalt	270	27
1. Ausschluss oder Verminderung des Anspruchs in Unbilligkeitsfällen	270	27
a) Falsche Angaben über das Zusammenleben im Rahmen des Unterhaltsprozesses	270	28
b) Ausbruch aus der Ehe bzw. Lebenspartnerschaft	271	29
c) Unterlassen der Eheschließung bzw. Lebenspartnerschaftsbegründung, Bestehen einer Unterhaltsgemeinschaft und Eingehen einer festen sozialen Beziehung	272	33

	Seite	Rdnr.
2. Auswirkungen des nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Zusammenlebens auf den Bedarf und die Leistungsfähigkeit	276	40
a) Leistungen für den Partner und Leistungen des Partners	276	40
aa) Versorgungsentgelt bei einer Partnerschaft	276	40
bb) Zuwendungen des Partners als Einkommen?	277	42
cc) Haushaltsersparnisse durch gemeinschaftliches Wirtschaften	278	43
b) Zusammenleben und Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners	278	44
aa) Unterhaltsrechtliche Gleichstellung des Lebensgefährten mit einem Ehegatten oder Lebenspartner?	278	44
bb) Rückzug auf die Rolle des Hausmanns bzw. der Hausfrau	279	45
3. Nichteheliches bzw. nicht eingetragenes Zusammenleben und Ehe- bzw. Lebenspartnerschaftsdauer	280	47
4. „Konkubinatsklausel“ und Schuldmitübernahme durch den neuen Partner in Unterhaltsverträgen	280	48
a) Vertraglicher Unterhaltsanspruch bei Fehlen einer „Konkubinatsklausel“	280	48
<i>Musterformulierung: Vertraglicher Unterhaltsanspruch (Konkubinatsklausel)</i>	282	50
<i>Musterformulierung: Wiederverheirathungsklausel</i>	282	51
b) Mithaftung des neuen Partners im Rahmen von Unterhaltsvereinbarungen	282	52
§ 25 Altersvorsorge für den Partner	283	
I. Der Lebensgefährte im System der gesetzlichen Rentenversicherung	283	53
1. Gesetzliche Witwen- bzw. Witwenrente für den Partner?	283	53
2. Nichteheliche bzw. nicht eingetragene Lebensgemeinschaft und Hinterbliebenenrente	284	55
3. Pflege für den Partner und Rentenversicherung	284	56
4. Kindererziehungs- und Kinderberücksichtigungszeit	285	58
II. Zusammenleben und Versorgungsausgleich	286	60
1. Sittliche Pflicht zur Altersvorsorge für den Partner?	286	60
2. Auswirkungen des nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Zusammenlebens auf den Versorgungsausgleich	286	61
III. Vertragliche Altersvorsorge	287	63
1. Regelungsbedürfnis	287	63
2. Sicherung für das Alter bei Beendigung der Lebensgemeinschaft durch den Tod eines Partners	288	64
3. Alterssicherung und Trennung	290	67
<i>Musterformulierung: Schuldrechtlicher Versorgungsausgleich</i>	291	72
<i>Musterformulierung: Lebensversicherung</i>	291	73
§ 26 Sozial- und sozialhilferechtliche Aspekte des nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Zusammenlebens	292	
I. Eheähnliches Zusammenleben und Sozialhilferecht	292	74
1. Das Verbot der Besserstellung gegenüber Ehegatten	292	74
a) Wirtschaften aus einem Topf – Die frühere Rechtsprechung	292	74
b) Die Definition der Eheähnlichen Gemeinschaft	292	76
2. Einheitlicher Anspruch bei Einsatzgemeinschaft	295	81
3. Weitere Probleme des nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Zusammenlebens im Rahmen der Sozialhilfe	295	82
a) Zusammenleben in Einrichtung	295	82
b) Angemessenes Hausgrundstück als Schonvermögen beim Zusammenleben mit dem Partner	296	83
II. Der Lebensgefährte in der gesetzlichen Kranken- und der sozialen Pflegeversicherung	296	85
1. Analoge Anwendung der Familienversicherung auf Lebensgefährten?	296	85
2. Entgeltzurechnung bei freiwilliger Krankenversicherung	297	86
III. Gesetzliche Unfallversicherung	298	87

	Seite	Rdnr.
IV. Zusammenleben und Berufsausbildungsförderung	299	89
1. Anrechnung von Einkommen und Vermögen des Partners	299	89
2. Trennung vom Partner als Ausbildungsverhinderung?	299	90
10. Teil: Kinder in der Partnerschaft	301	
§ 27 Gemeinsame Kinder	301	
I. Abstammung	301	1
1. Mutter- und Vaterschaft	301	1
2. Anfechtung der Vaterschaft und Benennung des Vaters	302	4
II. Recht der elterlichen Sorge und Umgangsrecht	303	6
1. Von der Amtspflegschaft zur Beistandschaft	303	6
2. Gemeinsame Sorge, subsidiäres Sorgerecht und Sorgeerklärung	303	7
a) Gemeinsames Sorgerecht der Eltern und Alleinsorgerecht der Mutter	303	7
<i>Musterformulierung (öffentliche Beurkundung): Gemeinsame Sorge</i>	306	13
b) Subsidiäres Sorgerecht	306	14
3. Umgangsrecht, alleinige Entscheidungsbefugnisse und Auskunftsansprüche	307	15
a) Recht zum Umgang	307	15
<i>Musterformulierung: Umgangsrecht nach Trennung</i>	308	18
<i>Musterformulierung: Umgangsrecht mit dem früheren Lebensgefährten</i>	309	19
<i>der Mutter</i>	309	20
b) Kontakt- und Auskunftsansprüche	309	20
c) Partielle Alleinentscheidungsbefugnis eines Elternteils	309	21
III. Die Adoption durch einen Elternteil	310	22
IV. Name	311	25
V. Unterhalt, Steuern und soziale Leistungen	312	30
1. Vom Regelunterhalt zum einheitlichen Kindesunterhalt	312	30
a) Bezifferter Unterhalt beim Zusammenleben mit dem unterhaltsver-	312	32
pflichteten Elternteil	313	34
b) Unterhalt als Vomhundertsatz des jeweiligen Regelbetrags	314	38
2. Steuerliche Behandlung von Kindern unverheirateter Paare	314	38
a) Kindergeld und Kinderfreibetrag	314	38
b) Ausbildungsfreibetrag	316	42
c) Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	316	43
d) Kinderbetreuungskosten	317	44
e) Weitere steuerliche Berücksichtigung von Kindern	317	45
3. Berücksichtigung von Kindern in anderen Rechtsbereichen	317	46
a) Erziehungsgeld	317	46
b) Mutterschaftsgeld, Krankenversicherung und Arbeitsfreistellung für	318	49
familiäre Angelegenheiten	319	52
VI. Erb- und Erbschaftsteuerrecht	319	52
1. Erbrechtliche Gleichstellung	319	52
<i>Musterformulierung (notarielle Beurkundung): Gleichstellungsvereinba-</i>	320	54
<i>rung</i>	320	55
2. Erbschaftsteuer	320	55
§ 28 Kinder eines Partners („Stiefkinder“ und soziale Elternschaft)	320	
I. Sorgerecht	320	56
<i>Musterformulierung: Vorsorgliche Vormundbestellung und Ausschluss von</i>	321	58
<i>der Vermögenssorge</i>	321	60
<i>Musterformulierung: Übertragung des Sorgerecht zur Ausübung</i>	322	61
<i>Musterformulierung: Sorgerecht für bestimmte Zeit</i>	322	63
II. Recht auf Umgang und Verbleibsanordnung nach einer Trennung	323	65
III. Adoption durch zusammenlebende Paare	324	66
IV. Name	324	66
V. Unterhaltspflichten, Steuern und weitere Rechtsgebiete	324	67

	Seite	Rdnr.
1. Faktische Unterhaltspflichten auf Grund sozialer Elternschaft	324	67
<i>Musterformulierung: Unterhalt bei sozialer Elternschaft</i>	326	70
2. Steuerliche Berücksichtigung von „Stiefkindern“	326	71
3. Die Berücksichtigung von „Stiefkindern“ in anderen Rechtsbereichen	326	72
VI. Erb- und Erbschaftsteuerrecht	327	75
11. Teil: <i>Erbrechtliche Sicherung des Partners</i>	329	
§ 29 Gesetzliches Erbrecht und Erbschaftsteuer	329	
I. Die erbrechtliche Stellung des nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Partners	329	1
1. Kein gesetzliches Erbrecht des Lebensgefährten	329	1
2. Voraus und Dreißigster für den Lebensgefährten?	329	2
a) Analoge Anwendung der Vorschrift über den Voraus?	329	2
b) Der „Dreißigste“ für den Lebensgefährten	331	4
c) Unterhaltsanspruch der schwangeren Partnerin	331	6
3. Ansprüche des überlebenden Partners gegen den Nachlass	332	7
II. „Erbentzug“ wegen nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Zusammenlebens	333	10
1. Enterbung und Anfechtung	333	10
a) Enterbung wegen „freien“ Zusammenlebens	333	10
b) Anfechtung einer Erbeinsetzung eines „verheirateten oder eingetragenen Paares“	334	12
2. Erbunwürdigkeit und Pflichtteilsentziehung	334	13
a) Erbunwürdigkeit wegen Verschweigens einer anderweitigen intimen Beziehung	334	13
b) Pflichtteilsentziehung wegen nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Zusammenlebens	326	16
aa) Verfehlungen gegen den Lebensgefährten des Erblassers	326	16
bb) Ehrloser, unsittlicher Lebenswandel durch „freies“ Zusammenleben?	336	17
cc) Entziehung des Ehegatten- bzw. Lebenspartnerpflichtteils beim Zusammenleben mit einem „neuen“ Partner	337	19
3. „Wiederverheiratursklauseln“	338	20
<i>Musterformulierung: „Wiederverheiratursklausel“ bei Wohnungsrechtsvermächtnis</i>	339	23
III. Die Stellung des überlebenden Partners im Erbschaftsteuerrecht	339	
1. Allgemeiner Freibetrag und Steuersatz	339	24
2. Steuerbefreiungen	340	26
a) Hausrat und bewegliche Gegenstände	340	26
b) Der „Dreißigste“	340	27
c) Erlass von Unterhalts- und Ausbildungsdarlehen	341	28
d) Entgelt für Pflege oder Unterhalt	341	29
3. Der Fiskus als Miterbe	343	33
§ 30 Gestaltungsmöglichkeiten und -probleme bei der Sicherung des Partners	343	
I. Unwirksamkeit von Verfügungen zu Gunsten des Lebensgefährten	343	34
1. Sittenwidrigkeit der so genannten Geliebtentestamente	343	34
a) Die Rechtsprechung zur Sittenwidrigkeit der so genannten Mätressentestamente	343	34
b) Zeitpunkt für die Beurteilung der Sittenwidrigkeit	345	37
2. „Noterbrecht“ naher Angehöriger?	346	38
3. Rechtsprechungswende zu Gunsten des Lebensgefährten?	348	40
II. Grenzen der erbrechtlichen Gestaltung	349	41
1. Einschränkung der Testierfreiheit durch frühere bindende Verfügungen	349	41
a) Bindungen an frühere Verfügungen und ihre Beseitigung	349	41
b) Umgehung der Bindung durch lebzeitige Verfügungen	350	44

	Seite	Rdnr.
2. Ansprüche Dritter beim Versterben eines nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Partners	352	48
a) Pflichtteilsansprüche dritter Personen	352	48
<i>Musterformulierung: Abfindungsausschluss</i>	356	55
<i>Musterformulierung: Beschränkung des Abfindungsanspruchs</i>	356	56
b) Zugewinnausgleichsansprüche vorhandener (Noch-)Ehegatten bzw. (Noch-)Lebenspartner	356	57
c) Ausgleichsansprüche der Erben	356	58
d) Auskunftspflichten gegenüber den Erben	357	59
3. Sonderfall des Zusammenlebens mit einem Heimbewohner	358	61
III. Testament, Erbvertrag oder Vertrag zu Gunsten Dritter?	360	62
1. Formen erbrechtlicher Verfügungen und Bindungswirkung	360	62
2. Der Vertrag zugunsten des Partners auf den Todesfall als Alternative?	362	67
<i>Musterformulierung: Vertrag zu Gunsten Dritter auf den Todesfall</i>	364	73
3. Verpflichtung zur Erbeinsetzung im Partnerschaftsvertrag	364	74
IV. Gestaltungsmöglichkeiten zur Vermeidung einer hohen Erbschaftsteuerbelastung	365	76
1. Erbrechtliche Strategien zur Erbschaftsteuervermeidung	365	76
a) Wahl der richtigen Gestaltung	365	77
aa) Vermeidung einer Übersicherung	365	77
bb) Steuerliche Vorteile einer Vor- und Nacherbschaft	366	80
b) Vererbung von Gegenständen mit niedrigem Steuerwert	368	82
aa) Die faktische Begünstigung von Immobilien	368	83
bb) Der „Clou“: Vererbung von Betriebsvermögen statt Eheschließung?	368	84
c) Übernahme der Erbschaftsteuer des Lebensgefährten durch den Erben	370	88
2. Schenkungen zu Lebzeiten und Verträge zu Gunsten Dritter als steuerliche Alternativen?	370	89
3. Der Ausweg: Die „Notheirat“	371	92
V. Gestaltungsziele und Verfügungen	372	93
1. Erbeinsetzung oder Vermächtnis zu Gunsten des Partners?	372	93
<i>Musterformulierung: Erbeinsetzung des Partners</i>	373	95
<i>Musterformulierung: Erbvertrag mit lediglich wechselseitiger Erbeinsetzung</i>	373	96
<i>Musterformulierung: Miterbeneinsetzung</i>	373	98
<i>Musterformulierung: Miterbeneinsetzung mit Vorausvermächtnis</i>	374	99
<i>Musterformulierung: Hausratsgegenstände- und Wohnungsrechtsvermächtnis</i>	374	101
2. Schluss- und Ersatzerbenbestimmung, vertraglicher Änderungsvorbehalt ..	375	105
a) Regelung der Erbfolge nach dem überlebenden Partner und Auslegung ..	375	105
<i>Musterformulierung: Ersatzerbeneinsetzung</i>	378	109
<i>Musterformulierung: Ersatz- und Schlusserbeneinsetzung im Erbvertrag</i>	378	110
<i>Musterformulierung: Vor- und Nacherbfolge bei minderjährigem Kind</i>	378	111
<i>Musterformulierung: Unfallklausel</i>	379	112
b) Abänderungsbefugnisse des überlebenden Partners	379	113
<i>Musterformulierung: Abänderungsvorbehalt im Erbvertrag</i>	380	115
<i>Musterformulierung: Eingeschränkter Abänderungsvorbehalt im Erbvertrag</i>	380	116
3. Weitere Regelungsbereiche	380	117
a) Motivnennung und Anfechtungsrechte	380	117
<i>Musterformulierung: Verzicht auf Anfechtungsrechte beim Erbvertrag</i> ..	381	119
b) Regelungen bezüglich minderjähriger Kinder	381	120
<i>Musterformulierung: Vormundbenennung</i>	382	123
<i>Musterformulierung: Vorsorgliche Vormundbenennung und Vermögensverwaltung</i>	382	124
<i>Musterformulierung: Vermögensverwaltung mit Anordnung</i>	382	125

	Seite	Rdnr.
4. Letztwillige Verfügungen bei Trennung, Eheschließung bzw. Lebenspartnerschaftsbegründung und Scheidung bzw. Aufhebung	382	126
a) Automatische Unwirksamkeit bei Trennung?	382	126
<i>Musterformulierung: Hinweis Weitergeltung eines Erbvertrages</i>	385	129
<i>Musterformulierung: Rücktrittsrecht beim Erbvertrag</i>	385	130
<i>Musterformulierung: Auflösende Bedingung beim Testament</i>	385	131
<i>Musterformulierung: Auflösende Bedingung im Erbvertrag</i>	385	132
b) Unveränderte Fortgeltung der Verfügung bei Eheschließung bzw. Lebenspartnerschaftsbegründung	385	133
c) Verfügungen aus der Zeit des nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Zusammenlebens bei einer späteren Scheidung bzw. Lebenspartnerschaftsaufhebung	386	135
<i>Musterformulierung: Unwirksamkeit von Erbvertrag bei Scheidung oder Aufhebung</i>	387	137
VI. Verfügungen Dritter beim nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Zusammenleben von Abkömmlingen	388	
<i>Checkliste zur Gestaltung eines Erbvertrages</i>	388	140
<i>Musterformulierung: Erbvertrag nichtehelicher bzw. nicht eingetragener Partner</i>	389	141
<i>Musterformulierung: Erbvertrag mit wechselseitiger Erbeinsetzung, Schlusserbeneinsetzung und Unfallklausel</i>	389	142
<i>Musterformulierung: Erbvertrag mit wechselseitiger Vor- und Nacherbschaft</i>	389	143
<i>Musterformulierung: Erbvertrag mit Absicherung des Partners und Vermeidung einer hohen Erbschaftsteuerbelastung</i>	389	144
12. Teil: Nichteheliches bzw. nicht eingetragenes Zusammenleben und Auslandsbezug ..	391	
§ 31 Internationale Anerkennung des nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Zusammenlebens?	391	
§ 32 Das internationale Privatrecht der nichtehelichen bzw. nicht eingetragenen Lebensgemeinschaft	391	
I. Erbrecht des Partners	392	4
II. Elterliche Sorge und Umgangsrecht	393	6
III. Unterhaltspflicht gegenüber dem Partner	393	7
IV. Außenwirkungen der bestehenden nichtehelichen bzw. nicht registrierten Lebensgemeinschaft	394	10
V. Vermögensauseinandersetzung nach einer Trennung	395	11
VI. „Hinkende“ Partnerschaftsverträge	396	12
§ 33 Einbürgerung, Aufenthaltsgenehmigung und Ausweisung	397	
I. Einbürgerung des ausländischen Lebensgefährten	397	14
II. Aufenthaltstitel	398	
1. Aufenthaltserlaubnis für die Herstellung der Lebensgemeinschaft	398	16
2. Zusammenleben in nichtehelicher bzw. nicht eingetragener Lebensgemeinschaft mit Kindern	399	18
3. Eigenständiges Aufenthaltsrecht nach einer Trennung	400	20
III. Ausweisungsrecht und Abschiebung	400	21
Verzeichnis der Musterformulierungen	403	
Stichwortverzeichnis	405	

